



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

541 (29.11.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-194576](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-194576)

Mannheimer General-Anzeiger

Preis: 10 Pfennig. In Mannheim u. Umgegend monatlich 30 Pfennig. In den übrigen Orten 40 Pfennig. Einmalig 10 Pfennig. Ausland 150 Pfennig. In den übrigen Orten 200 Pfennig. In den übrigen Orten 300 Pfennig. In den übrigen Orten 400 Pfennig. In den übrigen Orten 500 Pfennig. In den übrigen Orten 600 Pfennig. In den übrigen Orten 700 Pfennig. In den übrigen Orten 800 Pfennig. In den übrigen Orten 900 Pfennig. In den übrigen Orten 1000 Pfennig.

Bayerische Neuere Nachrichten

Preis: 10 Pfennig. In Mannheim u. Umgegend monatlich 30 Pfennig. In den übrigen Orten 40 Pfennig. Einmalig 10 Pfennig. Ausland 150 Pfennig. In den übrigen Orten 200 Pfennig. In den übrigen Orten 300 Pfennig. In den übrigen Orten 400 Pfennig. In den übrigen Orten 500 Pfennig. In den übrigen Orten 600 Pfennig. In den übrigen Orten 700 Pfennig. In den übrigen Orten 800 Pfennig. In den übrigen Orten 900 Pfennig. In den übrigen Orten 1000 Pfennig.

Die Londoner Besprechungen. Eine englische Note über die griechische und die Orientfrage.

Paris, 28. Nov. (W.B.) Wie der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, überreichte Lord Curzon gestern der französischen Delegation eine Note, in der die englische Auffassung der griechischen Angelegenheit und der Orientfrage dargelegt wird. Sie geht dahin, daß die Türkei das Bestreben nicht wiedererlangen dürfe und daß für die allerersten Mächte Sicherheit darin gesucht werden müsse, daß Personen, die mit der Politik Konstantins in engsten Beziehungen gestanden haben, wie Dusanis, Hatagas und Papulos, von der Regierung ferngehalten würden. Außerdem sei es erforderlich, daß eine finanzielle und politische Kontrolle über die griechische Regierung ausgeübt werde. Zur Erreichung dieses Ergebnisses wolle Lord George den griechischen Ministerpräsidenten Rhallis nach London kommen lassen. Das englische Memorandum soll am Montag besprochen werden.

Wie der Berichterstatter des „Echo de Paris“ erklärt, verstehe es sich von selbst, daß Frankreich schon von vornherein seinen Widerspruch gegen Curzons Ausführungen festgelegt habe.

Paris, 28. Nov. (Br.-Tel.) Wie die Sonderberichterstatter der Pariser Blätter aus London melden, hat Lord Curzon dem Ministerpräsidenten Legergues eine umfangreiche Note überreicht, in der die englische Standpunkt in der griechischen und Orientfrage auseinandergesetzt wird. Vertinag drückt im „Echo de Paris“ seine Unzufriedenheit über den Inhalt dieses Schriftstückes aus. Der englische Standpunkt sei, man dürfe dem Halbmond nicht wieder zurückgeben, was er verloren habe. Die verbündeten Regierungen müßten Sicherheiten in Griechenland durch eine politische und finanzielle Kontrolle suchen. Daraus schließt der nationalistiche Schriftsteller, wie andere Blätter auch annehmen, daß man sich offenbar in englischen Kreisen mit der Rückkehr des Königs Konstantin abfinden wolle und daß man sich damit begnügen werde, einige Vorbehalte, die in den Jahren 1915—16 eine währende Rolle gespielt hätten, von den Regierungsgeschäften fernzuhalten. Die griechische Frage werde morgen früh in Angriff genommen werden. Der Sonderberichterstatter des „Devoce“ glaubt, daß der französische Ministerpräsident von einer Note nichts anderes als Sympathiebeweise mitbringe.

London, 28. Nov. (Havas.) Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet über die gestrige Ministerzusammenkunft, daß man sich außer mit der Frage der Volksabstimmung in Oberschlesien mit der Frage der Grenzen von Palästina und den Handelsbeziehungen mit Rußland beschäftigte. Die nähere Besprechung dieser Fragen wurde jedoch bis zur Ankunft des italienischen Ministers des Äußern Grafen Sforza verschoben. Die Zwischenzeit sollen die beiden Seiten Vertreter benutzen, um zu einer Annäherung der beiderseitigen Standpunkte über die neue Lage in Griechenland zu gelangen. Legergues dürfte morgen vielleicht einen Vorschlag anregen, der die Billigung der drei beteiligten Regierungen finden könnte. Es sei anzunehmen, daß die verbündeten Regierungen keinerlei Schritte unternehmen würden, die zu einer Nachprüfung des Vertrages von Sevres führen würden. Wohl aber würden sie von Griechenland ernstliche Sicherheiten gegen eine Wiederkehr des deutschen Einflusses in Griechenland und bei der griechischen Regierung fordern. Beide Teile seien von den bisherigen Fortschritten des Meinungs-austausches gleichmäßig befriedigt. Man sei fest überzeugt, daß die Konferenz mit einer endgültigen Lösung enden werde, die von allen Beteiligten angenommen werden könne.

Graf Sforza über den türkischen Frieden.

Paris, 28. Nov. (W.B.) Einem Vertreter des Temps erklärte der italienische Minister des Äußern Graf Sforza auf seiner Durchreise durch Paris, er habe in Spa bezüglich der Angelegenheiten, es liege im Interesse der Ruhe der Welt und auch im Interesse Griechenlands, wenn man der Türkei einen weniger harten und gerechten Frieden anbieten würde. Die Ergebnisse hätten dem italienischen Standpunkt Recht gegeben. Er beabsichtige nach London mit der Absicht, nicht nur den italienischen Interessen, sondern auch dem Interesse Frankreichs und Englands zu dienen.

Paris, 28. Nov. (Havas.) Der italienische Minister des Äußern Graf Sforza ist auf der Durchreise nach London heute mittig hier eingetroffen und bezog sich mit dem italienischen Botschafter nach dem Erfolg.

London, 28. Nov. (Havas.) Dr. Graf Sforza erst am Sonntagabend in London ankam und Lord George hob sofort wünscht, daß die griechische Frage bald geregelt und nicht weiter verschoben und nach Paris mitzuteilen, daß zwingende Gründe ihn abhalten, der Kammerführung am Dienstag beizuwohnen.

Die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Paris, 28. Nov. (W.B.) Der Londoner Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet, daß auf der Ministerkonferenz gestern über die Volksabstimmung in Oberschlesien verhandelt wurde. In den Angelegenheiten zu entscheiden, die die Türkei von so vielen, außerhalb des Abstimmungsgebietes Wohnenden am Tage der Volksabstimmung haben könnten, seien Vorschläge gemacht worden. Nach dem einen sollen die außerhalb des Abstimmungsgebietes Wohnenden nicht am gleichen Tage wie die Bevölkerung von Oberschlesien abstimmen. Nach einem anderen Vorschläge sollen die außerhalb des Abstimmungsgebietes Wohnenden außerhalb des Abstimmungsgebietes, aber in der Beschränkung, eine in Köln abstimmen. Zu dieser Lösung bemerkt der Berichterstatter der

Havas, er stelle die Freiheit des Abstimmungsrechts und gleichzeitig die Aufrichtigkeit der Ordnung sicher. Es sei beschlossen worden, den letzten Vorschlag Polen und Deutschland zur Annahme zu unterbreiten. Würde er abgelehnt, so wörede man eine andere Lösung zur Anwendung bringen.

mit. Paris, 28. Nov. (Br.-Tel.) Ministerpräsident Legergues will am Montagabend nach Paris zurückkehren, um am Dienstag in der französischen Kammer seine Rede über die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan zu halten.

Der Umsturz in Griechenland.

Eine Erklärung der griechischen Regierung.
Athens, 28. Nov. (Havas.) Die griechische Regierung hat an die Gesandten Englands, Frankreichs und Italiens und an den Vertreter Russlands eine Erklärung gerichtet, in der es heißt: In ihren Beziehungen zu Frankreich und den anderen Großmächten der Entente wird sich die griechische Regierung die Wahrung der engen Zusammengehörigkeit, die eine Folge der gemeinsamen Interessen dieser Staaten und des griechischen Staates ist, zur Richtschnur nehmen. Die griechische Regierung stützt sich dabei auf das volle Vertrauen, das ihr anlässlich der letzten Wahlen vom griechischen Volke zum Ausdruck gebracht worden ist. Sie ist verpflichtet, denselben Verpflichtungen voll und ganz nachzukommen, welche das vorige Kabinett den Großmächten gegenüber übernommen hatte.

Athens, 28. Nov. (Havas.) Die Regierungspresse veröffentlicht, daß die Regierung bisher kein offizielles Anzeichen dafür erteilt habe, daß die Alliierten gegenüber König Konstantin eine feindliche Gesinnung hegen. Ministerpräsident Rhallis erklärte einem Vertreter des Agnos d'Athènes, die Ausführungen Legergues hätten ihn sehr schmerzhaft berührt. Er habe nach Paris und London reisen wollen, um die nötigen Erklärungen zu geben, doch gestalte die augenblickliche Lage Griechenlands die Reise nicht. Immerhin habe er den Erklärungen und Befürchtungen Legergues insofern Rechnung getragen, daß er sofort eine Erklärung über seine politischen Richtlinien dem französischen Gesandten überreicht habe.

MTB. Paris, 29. Nov. (Br.-Tel.) Es wird die Nachricht aus Rom verbreitet, die allerdings unwahrscheinlich klingt, König Konstantin wolle sich heute in Benedig nach Griechenland einschiffen.

Frankreich kauft Kriegsschiffe nach Griechenland.

Toulon, 28. Nov. (W.B.) Am Sonntagabend ist ein französischer Panzerkreuzer nach dem Piräus in See gegangen. Die Vorbereitungen für die Entsendung eines weiteren Kreuzers nach Griechenland werden fortgesetzt.

Athens, 28. Nov. (W.B.) Der französische Panzerkreuzer „Waldeck-Roussin“ ist im Piräus angekommen.

Der Vertrag von Rapallo.

Rom, 27. Nov. Kammer. Vor der Abstimmung über die Tagesordnung zur Ratifizierung des Vertrages von Rapallo ergriff der Ministerpräsident Giolitti das Wort zu einer Erklärung, in der er zunächst seine Zustimmung zu der Tagesordnung Luzzatti kundgab, die dem einmütigen Einverständnis des Landes und des Parlamentes entspreche. Zum Schluß führte Giolitti aus, der Vertrag von Rapallo sei der erste Vertrag nach dem Kriege, der sich nicht auf den Zwang des Siegers, sondern auf gegenseitige heraliche Verständigung gründe, die eine Bürgschaft sei für eine geordnete Freundschaft und den dauernden Frieden zwischen den beiden Völkern. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Rom, 28. Nov. (Havas.) Die Kammer hat mit 215 gegen 15 Stimmen den Gesetzesentwurf über die Ratifikation des Vertrages von Rapallo angenommen.

Rom, 29. Nov. (W.B.) Beim Schluß der Verhandlungen über die Ratifizierung des Vertrages von Rapallo wurde von der Kammer eine Tagesordnung Luzzatti in ihrem ersten Teil mit 233 gegen 14 Stimmen angenommen. Der zweite Teil der Tagesordnung, der an den abgeklärteren Vertrag den Wunsch knüpft, daß die in Rapallo verkündeten guten Beziehungen zwischen den Vertragsstaaten sich zum Vorteil der Vertragsstaaten und Europas entwickeln möchten und das Vertrauen ausbreiten, daß den nationalen Widerständen die Freiheit des Handels und des zivilen Lebens sichergestellt werde, wurde einstimmig angenommen. Bei beiden Abstimmungen enthielten sich die Sozialisten der Stimmabgabe.

Der Krieg im Osten.

Russ in der Hand der Bolschewisten.
c. Basel, 28. Nov. (Br.-Tel.) Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Cernowitz ist die Stadt Kiew zum vierten Male in die Hände der Bolschewisten gefallen.

General Wrangel.

c. Basel, 28. Nov. (Br.-Tel.) Der Rottin m-Pret: General Wrangel hat eine Kundgebung erlassen, daß er seinen Kampf gegen die Bolschewisten noch nicht aufgeben, vielmehr, daß er ein neues Heer aufstelle, und die von ihm ernannten diplomatischen Vertreter bei den Westmächten aufgefördert habe, ihre Tätigkeit fortzusetzen.

Belgien liefert den Polen Kriegsmaterial.

c. Brüssel, 28. Nov. (W.B.) Von unserem Berliner Botschafter wird gemeldet, die belgische Regierung hat mit Polen einen Lieferungsvertrag abgeschlossen, dem zufolge Belgien an Polen bedeutende Vorräte an Kriegsmaterial abgibt, die ohne Schwierigkeiten nach Polen transportiert werden können, da der Kriegszustand zwischen Polen und Rußland beendet ist.

Schwärzung der französisch-russischen Politik.

c. Basel, 27. Nov. (Br.-Tel.) Die Pariser Nachrichten referieren aus Paris: Alles heute darauf hin, daß sich die fran-

zösische russische Politik derjenigen von England und Italien zu nähern beginne. Die Unterstützung der Gegner der Sowjets sei für Frankreich ein zu neues Experiment geworden.

Paris, 28. Nov. (Havas.) Der deutsch-polnische Ausschuss, der beauftragt ist, das im Versailles Vertrag vorgesehene Abkommen über die Verbindung Ostpreußens mit dem übrigen Deutschland durch den Danziger Korridor und den Verkehr zwischen Danzig und Polen auf dem rechten Weichselufer zum Abschluß zu bringen, hat seine Arbeiten sehr weit gefördert. Man ist der Ansicht, daß er demnächst zum Abschluß eines Abkommens gelangen wird. Inzwischen wurde bereits ein vorläufiges Abkommen dahin getroffen, daß täglich zwei Schnellzüge zwischen Berlin und Königsberg verkehren sollen und zwar ab 1. Dezember.

Die Verfolgung der Deutschen in der Tschechoslowakei.

c. Berlin, 29. Novbr. (Von unserem Berliner Botschafter.) Der allgemeine Studentenausschuss der Universität Berlin hatte, wie uns berichtet wird, namens der Leipziger Studentenschaft durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes in Berlin gegen die Verfolgungen der Deutschen in Prag protestiert. Jetzt ist beim Studentenausschuss folgendes Telegramm des Auswärtigen Amtes eingelaufen, in der die Reichsregierung auf lebhafteste die Ausschreitungen gewisser tschechischer Elemente gegen ihre deutschen Mitbürger bedauert und mitteilt, daß die tschechoslowakische Regierung auf Vorstellungen unserer Gesandtschaft Entschuldigungen für die geschädigten Reichsangehörigen zugesagt hat.

Irlands Freiheitskampf.

Newyork, 28. Nov. (W.B.) Der englische Botschafter hatte eine lange Unterredung mit dem Staatssekretär Ceisib, die sich, wie man glaubt, auf die irische Frage, namentlich auf das Gesetz Devaleras um Anerkennung der Irischen Republik erstreckt haben soll.

Die Völkervereinigung in Genf.

Genf, 28. Nov. (W.B.) In der Ersten Kommission beantragte Ador (Schweiz) eine Entschliessung, die — gestützt auf die Brüsseler Finanzkonferenz — die Schaffung einer Ständigen Wirtschafts- und Finanzkommission verlangt. Die Aufgabe dieser Kommission wäre es, für die 1921 vorgesehene in Genf stattfindende Zweite Finanzkonferenz alles vorzubereiten, die Errichtung einer Kreditorganisation zu prüfen und endlich — gestützt auf Artikel 23 des Vertrages, der für alle Staaten eine gleichmäßige Behandlung fordert — die Maßnahmen zu prüfen und zu beraten für die Verhinderung der Anhäufung von Rohstoffen in einzelnen Ländern und für die Regelung der Verteilung der Rohstoffe. Die Entschliessung betont die unbedingte Notwendigkeit, die natürlichen Hilfsquellen einzig und allein für die Steigerung der Produktion zu verwenden. Infolgedessen ergeht die Einladung an alle Regierungen, ihre Rüstungsmassnahmen beträchtlich herabzusetzen gemäß den Bestimmungen des Artikels 8 des Vertrages. Der Vorschlag Ador wird in der nächsten Sitzung behandelt.

Ein neuer deutsch-französischer Zwischenfall?

c. Basel, 29. Nov. (Br.-Tel.) Der Pariser Vertreter der Völkernachrichten weiß über folgenden neuen deutsch-französischen Zwischenfall zu berichten: Nach dem Abkommen von Spa müssen 5 Goldmark vom Tonnenpreis für Kohlen, den Frankreich Deutschland zu Lasten seines Wiedergutmachungskontos vorschleibt, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der deutschen Erbenarbeiter verwendet werden und nach einer späteren Bestimmung der Wiedergutmachungskommission müssen die 200 Mill. die Frankreich monatlich über den deutschen Kohlenpreis hinaus bezahlt, zum Ankauf von Rohstoffen und zur Verwendung verwendet werden. In unterrichteten französischen Kreisen erklärt man nun, den Beweis dafür in Händen zu haben, daß Deutschland weder der einen noch der anderen Verpflichtung nachgekommen sei und das ihm vorgeschossene Geld auf ganz andere Weise verwendet habe. Darüber, wie es verwendet wurde, schweigt man sich völlig in den genannten Kreisen aus. Es geht das Gerücht, daß Deutschland die Summe für Kompensationszwecke mit England verwendet habe, was den Abmachungen widersprechen würde. Das französische Publikum kenne bis heute weder das Gerücht noch die Tatsache, daß Deutschland das französische Geld in anderer als der vorgeschriebenen Weise verwendet habe. Die Sache wird jedenfalls in Frankreich sehr bald außerordentliches Aufsehen erregen.

Deutsch-französischer Meinungs-austausch über die Milchfrage.

Frankzösische Frauen in dem ehemals besetzten Nordfrankreich haben an Frau Adele Schreiber als Antwort auf Befragungen, die aus dem internationalen Frauenkongress geflossen sind, ein Schreiben gerichtet, in dem sie das französische Verlangen nach der Ablieferung deutscher Milchläde mit der Not der französischen Kinder im besetzten Gebiet begründen. Als Antwort wird ein gemeinschaftliches Schreiben der weiblichen Reichstagsabgeordneten sämtlicher Fraktionen vorbereitet.

Regelung des Requisitionswesens und der Besatzungsschäden.

Brüssel, 27. Nov. (W.B.) Wie aus dem Gebiete des Requisitionswesens so hat nun auch auf dem Gebiete des Requisitionswesens und der Besatzungsschäden die Internationalen Rheinlandskommission eine Regelung im Wege der Verordnung (Nr. 59) getroffen. Das Recht der Requisitionen und zwar von Natur aus wie von Dienstleistungen wird entsprechend des Artikels 6 des Rheinland-Abkommens und der Bestimmungen des Haager Abkommens von 1907 von jeder der Alliierten und der assoziierten Armeen für ihre Bedürfnisse, sowie für diejenigen der Rheinlandskommission ausgedehnt und die Requisitionen werden nach den Vorschriften der einzelnen Besatzungsarmeen vorgenommen. Die Requisitionsbegehre werden regelmäßig an die Requisitionsverwaltungsmassnahmen gerichtet, in einigen Fällen, oder, wenn es sonst erforderlich erscheint, an die Dienststellen oder unmittelbaren.

Anknüpfung der zur Befriedigung der Requisitionen und der Besatzungsschäden der von den Besatzungsarmeen verursachten Schäden an den Requisitionen. Die Requisitionen werden regelmäßig an die Requisitionsverwaltungsmassnahmen gerichtet, in einigen Fällen, oder, wenn es sonst erforderlich erscheint, an die Dienststellen oder unmittelbaren.

einzelnen Befehlsgängen durch die Rheinlandskommission nach bestimmt werden.
Die Ortskommissionen werden sich aus einem von der Rheinlandskommission zu ernennenden Vorsitzenden, sowie aus zwei von den betreffenden Zonen-Kommissionen und Rheinlandsoffizieren oder Militärbeamten und aus zwei deutschen Mitgliedern zusammensetzen, von denen das eine durch die Reichswehrverwaltung, das andere durch die Feststellungsbehörde (Regierung) ernannt werden. Die Entscheidungen der Ortskommissionen werden nach Stimmenmehrheit gefasst und sind endgültig. Die Ortskommissionen sind zuständig für alle durch die Interalliierten Behörden beim Inkrafttreten des Friedensvertrages vorgenommenen Requisitionen zur Aufrechterhaltung der Ortskommissionen, nicht aber die Aufhebung der Befehlsgänge, nicht aber die Entscheidung über die Frage, wann im einzelnen Falle die Befehlsgänge der betreffenden Befehlshaber zur Last fallen. Die Befehlsgänge der Requisitionskontrollen erfolgt durch die deutsche Behörde. Die Verordnung tritt am 1. Dezember d. J. in Kraft.

Oberschlesien.

Berlin, 28. Nov. (WB.) Zu einer mächtigen Kundgebung für das Deutschtum gestaltete sich am Sonntag Mittag ein Konzert des Meistersingers Gesangsvereins aus Katowitz unter der Leitung des Professors Fritsch Dubrich im überfüllten Warmbad des Zoologischen Gartens. Die Feier wurde durch eine Ansprache des ehemaligen Katowitzer Oberbürgermeisters Bohmann eröffnet, der den aus 100 Mitgliedern bestehenden Gesangsverein begrüßte und ihm für seine Rundreise durch Deutschland den besten Erfolg wünschte. Nach den Beiträgen nahm Reichstagsler Feherndas das Wort, der den Verein als starken Vermittler des deutschen Einheitsgedankens feierte. Zum Schluß seiner Rede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde, gab der Reichstagsler der Hoffnung Ausdruck, daß der Liebesbund zwischen Deutschland und Oberschlesien auf ewig bestehen bleibe. Die Feier endete mit einem Feuerwerk, am Abendschlusstage für Deutsch-Oberschlesien mit aller Macht einzutreten.

Die „Verschwörung in Bayern“.

München, 28. Nov. (Brio-Teil.) Die „Münchener Post“ veröffentlichte im April 1920 unter der Überschrift „Dokumente der Gegenrevolution“ eine Anzahl von Schriftstücken, aus denen sie eine Verschwörung in Bayern ableiten zu können glaubte. Diese Dokumente und die Vorgänge in München am 13. März 1920 und in den folgenden Tagen haben den Gegenstand eines von der Staatsanwaltschaft München I durchgeführtes Ermittlungsverfahrens gebildet. In dessen Verlauf wurden im ganzen 117 Personen vernommen und 5 Hausdurchsuchungen gehalten. Das Verfahren ist nunmehr abgeschlossen und hat u. a. folgendes Ergebnis: 1. Hinsichtlich der Vorgänge am 13. März und der folgenden Tage hat die Untersuchung mit voller Bestimmtheit ergeben, a) daß in jenen Tagen niemand in München hochverräterische Beziehungen zu Kapp hatte; b) daß niemand in München das Kappunternehmen begünstigte; c) daß auch keine hochverräterischen Vorbereitungsabhandlungen in der Richtung vorgenommen wurden, ein dem Kapp-Putsch ähnliches Unternehmen in München ins Werk zu setzen. Aufgrund der eingehendsten geführten Untersuchung kann mit voller Sicherheit gesagt werden, daß die Nachricht von dem Kappunternehmen die Münchener Militärbehörden und die leitenden bayerischen Staatsämter völlig überrascht hat. Wie sich aus den zahlreichen Berechnungen übereinstimmend ergeben hat, ist die Aufregung, die diese Nachrichten zur Folge hatten, nicht dadurch entstanden, daß man in politischen und militärischen Kreisen über die Parteimeinung für oder gegen Kapp im Unklaren war, dagegen war in weiten Kreisen die Befürchtung vor einem Putsch von radikaler Seite entstanden und verwirrt und erhöht die Ängste. Diese Befürchtung fand neue Nahrung, als die Nachricht von den Unruhen in Nürnberg und in Hof bekannt wurde. Aus dieser Stimmung heraus erklärt es sich, daß das in jenen Tagen maßlos übertriebene oder völlig frei erfundene Gerücht als sichere Tatsache hingenommen wurden, denen von unersetzten Personen eine Bedeutung zugesetzt wurde, die ihnen nicht zuzumuten konnte.
In dem Bericht wurden dann die angeblichen Verhandlungen einer Offiziersdeputation mit Dr. Helm und die Behauptung, die Übertragung der Volkzugsgewalt an den General Roehl habe unter dem Druck von bewaffneten Soldaten stattgefunden, die vor dem Ministerium des Weibens sich eingeschoben hätten, richtiggestellt. Ein Leutnant war beauftragt worden, den Befehl des Ministeriums einzuholen und nahm zu seinem persönlichen Schutz 10 Mann mit, die später wieder abgezogen. Die Untersuchung hat ergeben, daß diese 10 Mann einen Druck auf den Ministerialrat weder ausüben wollten noch sollten. Sie wären dazu wohl auch niemals in der Lage gewesen.
Auch die Nachrichten über große Beunruhigungen in der Bevölkerung haben sich, wie die Untersuchung erwiesen hat, als maßlos übertrieben herausgestellt. Darüber, daß von irgendeiner Seite die Abkehr bestand, die Regierung gewillt war zu klären oder gar die Staatsform mit Gewalt zu ändern, hat die Untersuchung nicht den geringsten Anhaltspunkt gegeben. Der Staatsanwalt hat deshalb gegen sämtliche Beteiligten das Verfahren eingestellt.
2. Die Dokumente der Gegenrevolution entstammen dem Nachlaß des ermordeten Hausmanns Berthold. Er hatte im Besitz die üblichen ruffischen Zustände kennen gelernt und war der Überzeugung, daß der bolschewistische Terror das Ende Deutschlands bedeuten würde. Zur Abwehr dieser Gefahr wollte er eine „antibolschewistische Liga“ gründen. Er bediente sich dreier Jugendlicher, um diese Idee in Bayern zu verbreiten. Es steht fest, daß die Ziele Bertholds zur Staatsform gar keine Beziehung hatten, sondern lediglich die Abwehr des bolschewistischen Terrors bezwecken wollten. Eine strafbare Handlung kann weder in der Tätigkeit Bertholds, noch in der seiner Gehilfen erblickt werden. Der Staatsanwalt hat deshalb auch in dieser Hinsicht das Verfahren eingestellt.

Deutsches Reich.

Die Not der deutschen Kinder.

Berlin, 29. November. (Von unserem Berliner Büro.) Am gestrigen Sonntag fanden in Groß-Berlin zahlreiche Kundgebungen zugunsten der deutschen Kinderhilfe statt. Im Herrensbad schilderte der frühere preussische Ministerpräsident Paul Hirsch die Gesundheitszustände unserer Kinder als geradezu erschreckend. Hunderttausende abgezehrt, rachitischer und tuberkulöser Kinder schreien nach Hilfe. Die Sammlungen sollten ohne Unterschied der Parteien und der Religion von allen unterstützt werden, denen die Mittel es erlauben. Im Bekehrerhaus sprach der Wohlfahrtsminister Stegerwald und brachte wahrhaft erschütternde Zahlen aus den amtlichen Statistiken vor. Frau Elise Lüders schilderte die schrecklichen Zustände in Thüringischen Dörfern, in denen die Heimarbeit zu Hause ist und wo bisweilen kein einziges ge-

suntes Kind zur Welt gebracht wird. Fräulein v. Gierke ermahnte die mit der Ernährungsnot eng zusammenhängende Zunahme des Verbrechertums. Der Radikalfazist Professor Desterreich meinte, daß die Sammlungen zwar keine dauernden sein könnten, daß aber gegenüber dem fürchterlichen Elend alle Bedenken zurücktreten und daß die Kinder gerettet werden müßten, ganz gleich, woher die Mittel kommen. Selbst diese Kinderhilfe diene der Parteiverkehlung: Die Kommunisten und Rechtsunabhängigen forderten die Arbeiter auf, die Sammellisten der deutschen Kinderhilfe zurück zu weisen. Kein Klassenbewußter Arbeiter dürfe auch nur einen Pfennig für diese Kinderhilfe zahlen. Selbst der Hinweis auf die Sammlungen unter den Arbeitern selbst, von denen übrigens noch niemand etwas gehört hat, kann über diese Gefährlichkeit nicht hinwegtäuschen.

Die Aufgabe der Betriebsräte.

Berlin, 29. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Der Deutsche Gewerkschaftsrat legte gestern seine Beratungen fort. Als erster Redner sprach Georg Bernbard, Mitglied des Reichswirtschaftsrats über die Wirtschaftsordnung und Wirtschaftskrise. In der anschließenden Aussprache entwickelte Walter Rathenau seine Ansicht über die Planwirtschaft. Verbanddirektor Schneider-Weiß sprach über die Betriebsräte als Organ der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Er fasste seine Ausführungen in einer Reihe von Leitsätzen zusammen, die die Billigung der Konferenz fanden. Es wird darin ausgesprochen: Die Betriebsräte sind Organe der Demokratisierung der Betriebe und nicht Organe der Sozialisierung. Sozialisierung eines einzelnen Betriebes ist Synonymismus. Die Räte dürfen nur ausführende Organe der Gewerkschaften sein. Grundrichtsliche Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen nicht. Ueber die Annahme oder Ablehnung von Aufträgen, über Einkauf oder Beschaffung neuer Maschinen kann nicht durch Abstimmung entschieden werden.

Der Kampf um die Parteikasse.

Höchst a. M., 28. Nov. (W. B.) Infolge der Spaltung machten die höchsten Reutommunisten Ansprüche auf die Einrichtung des Parteibüros der U. S. P., konnten aber ihre Wünsche nicht durchsetzen. Am Freitag drangen nun, wie das höchste Kreisblatt berichtet, etwa zwei Dutzend Reutommunisten in Abwesenheit des Parteifreiwirtschafters in das Parteibüro der U. S. P. ein und entführten die Kasse im Werte von M. 3000. Der Parteifreiwirtschaftler, der inzwischen hingekommen, konnte die „Enteignung“ nicht mehr verhindern, sondern nur dagegen protestieren. Die Parteikasse der U. S. P. ist den Reutommunisten aber nicht in die Hände gefallen.

7. ordentliche Jahresversammlung des Verbands Südwestdeutscher Industrieller.

Karlsruhe, 28. Nov. Der Verband Südwestdeutscher Industrieller (Verband Badischer Industrieller, Sektionen Rheinpfalz, Rheinhessen usw.) hielt gestern und heute hier seine 7. ordentliche Jahresversammlung (14. Jahr des Bestehens) ab. Zunächst fand am Samstag vormittag von 11 Uhr ab die 42. Plenarversammlung des Direktoriums des Verbandes statt. Nachmittags 4 1/2 Uhr fand, ebenfalls im Zieglerrestaurant die Generalversammlung der Abteilung Wasserwirtschaft statt. Den Vorsitz führte Kommerzienrat Stöckel-Hedelberg. Die Versammlung war aus dem Verbandesgebiet sehr gut besucht. Am Versammlungsort waren Wärme- und Konstruktionszeichnungen über Wasserkraftanlagen und technische Neuerungen für Wassertraktierung zum Anschauung gebracht worden.

Der Stand der staatlichen Stromversorgung in Baden.

Karlsruhe, 28. Nov. (W. B.) Karlsruhe berichtet über den Stand der staatlichen Stromversorgung des badischen Landes. Nach seinen Ausführungen hat der badische Staat frühzeitig auf die Ausnützung der Wasserkraften Einfluss genommen. Zunächst hat man die Gemeinden bereitet. Später ging die Regierung zur aktiven Teilnahme bei der Elektrizitätsversorgung über. Durch eine Überarbeitung der Städte- und Gemeindeordnung wurde eine weitgehende Einwirkung auf die Entscheidungen der Gemeinden in der Elektrizitätsfrage ermöglicht, ferner auch durch Ministerialerlasse. Alles ging die Regierung vor bei Schaffung der Kraftwerke Rheinhessen, Oberrhein usw. Die Grundzüge, die dabei verfolgt wurden, sind in das abgeänderte Wasserrecht von 1913 übergegangen. Aber auch unabhängig davon hat die Regierung sich bemüht, eine planmäßige Versorgung des Landes mit Elektrizität durchzuführen durch große Lieberlandwerke, nicht durch kleine Werke von lokaler Bedeutung. Die Regierung war bestrebt, den einzelnen Werken Gebiete zuzuwiesen und Einfluss auf den Ausbau der Kraftwerke zu nehmen. Die Oberbestimmung des Wasser- und Straßenbaus stellte in einer Denkschrift den Stand der Elektrizitätsversorgung in Baden im Jahre 1913 fest. Weiter ging auch der Staat dazu über, durch Schaffung des Gesetzes von 1912 den Bau des Murgwerkes zur Ausnützung des Murgflusses in eigene Hand zu nehmen. Der erste Ausbau ist erfolgt, ein zweiter ist beabsichtigt. Durch Spolierarbeiten soll die Leistungsfähigkeit des Murgwerkes erhöht werden. Das Leistungsnetz erstreckt sich jetzt von der Gegend von Rastatt, Offenburg und Rastatt im Süden, nach Norden bis Mannheim und Heidelberg und nach dem Osten bis über Tauberbischofsheim hinaus. Das Murgwerk soll mit den Wasserkraften, die bei der Reduktionstillung gewonnen werden, vereinigt werden. Eine Reihe von räumlichen militären Kraftwerken muß dem Murgwerk und den mit ihm zusammen arbeitenden Kraftwerken angeschlossen werden. Auch die Erdöl- und die badischen Landeswerke, die ein Sorgenkind wegen der Elektrizitätsversorgung gewesen ist, wird jetzt ihre elektrische Energie durch das Kraftwerk Gilsau erhalten, von dem ein Teil dem badischen Staate zukommt. Ein nächstes Ziel wird der Zusammenschluß des Murgwerkes mit den Oberrheinwerken sein. Diese Aufgabe muß aber noch zurückgestellt werden. (Beifall.)
In der Tagesfrage erörterte der Direktor der Kraftübertragungsanstalt Rheinhessen, Dr. Haas, die Tätigkeit des badischen Staates auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung als heilsam an. Der Rhein von Konstanz bis nach Basel müsse ausgenutzt werden. Allerdings wird der Bau der Wasserwerke sehr teuer sein, doch muß größere Abschlüsse vorgenommen und daher mit höheren Strompreisen gerechnet werden.

Ausnützung der Mittel- und Großwasserkraft Baden.

Dipl.-Ing. Karl Hügeler, Karlsruhe sprach über die Einwirkung der Mittel- und Großwasserkraft Baden und über die Notwendigkeit des Ausbaues der Kleinwasserkraft. Er besprach die Eingriffe, die durch das nach der Revolution geschaffene Gesetz über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vom 31. Dezember 1919 erfolgt sind, dessen Ausführungsgezet bereits in vier Monaten in Kraft treten soll. Bei der Ausführung dieses Gesetzes müßten überstürzte Eingriffe des Staates in Zukunft verhindert werden. In der Angelegenheit der Elektrizitätsversorgung liegt eine gewisse Stärke, dagegen sei die regierende Hand des Staates auch ein großer Vorzug bei der Errichtung der Kraftanlagen. Bei seiner Wasserwirtschaft muß sich das Reich mit einem Staate von Hochschulen umgeben. Jetzt hat die Baukosten teuer, jedoch es schwer wird, an den Ausbau der Wasserkraften heranzutreten. Unmittelbar kann der Staat eine größere Baukostenquelle wählen, als der Private. Bei dem Ausbau der Wasserkraften im Schwarzwald sieht man auf Schwierigkeiten, weil es sich dabei um lauter unregulierende Flußläufe handelt. Deshalb müssen Staumauern angelegt werden, außerdem müssen die Kleinwerke an Zentralen angeschlossen werden, es muß Kraftstrom erzeugt werden, die Pumpwerke treiben, die Wasser in die Hochbetten pumpen. Bei den kleinen Anlagen ist noch viel zu verbessern, die Gefälle sind schlecht ausgebaut, die Wehre sind verfallenerhaftig, statt mit Wasserrädern sollte mit Turbinen gearbeitet werden. Waden hat 2400 Wasserkrafts und Wasserkraftanlagen; davon entfallen auf Baden und Elsenzwerke 1800, jedoch noch 600 Kleinwasserkrafts für die Industrie übrig bleiben.
Der Staat hat nun eine Weisung für den Ausbau der Kleinwasserkraften gegeben. Wünschenswert wäre es aber, daß man er-

fährt, was der Staat vorher. Wir wissen nur, daß der Staat sich Augenmerk auf die Wasserkraftverträge gewandt hat und zwar nach dem Entwurf des Geh. Rats Dr. Rehdorf. Auch dort kann ein großer Wert erreicht werden, die Kraftmenge, die es erzeugen könnte, würde die Kraftmenge des Murgwerkes weit übersteigen. Zum Bau des Murgwerkes wird der Staat aber noch kein Geld haben und es wäre bedauerlich, wenn in der Zwischenzeit die Wasserkraft nicht verwertet würde. Man könnte deshalb an die Privatindustrie die Berechnung zum Ausbau und zur Verwertung geben, unter der Bedingung, daß die Wasserkraften später wieder dem Staat zurückgegeben werden. Am jetzt Wasserkraften zur Verfügung zu stellen, müssen die Kleinwasserkrafts ausgebaut werden. Die Kleinwasserkrafts müssen zusammengefaßt werden im Verbände Südwestdeutscher Industrieller zur Wahrung ihrer Interessen. Daneben müssen Genossenschaften gebildet werden von den Interessenten der einzelnen Wasserkrafts. Auch im Schwarzwald sind noch Kleinwasserkraften vorhanden in Oberrhein, so die Aiter, die bei Eberbach herauskommt. Für die Bodenbezugs liegen ebenfalls größere Projekte vor, die von Geh. Rat Dr. Rehdorf ausgearbeitet sind. Der Redner unterstrich seine Ausführungen durch Zeichnungen.

Hierauf sprach Regierungsbaumeister Deffestamp, Wiesbaden. Ueber Wasser und Abwasser, deren Behandlung und Bedeutung für die Industrie“ und Generalsekretär Dr. Otto Reihing-Berlin berichtete über die Ueberwachungsversicherung. — Am Sonntag wurde die Tagung fortgesetzt.

Bauernversammlungen.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird und geschrieben: Regier Züge fanden für die Gemeinden Kirchardt, Wöckel, Weinsfurt, Wappert, Wabstadt, Strumpfeldbrunn, Wehrbach, Wehrbach und Schöllbrunn/Wehrbach fünf deutsche Bauernversammlungen statt, in denen Geschäftsleiter Müller vom Bauernverband Unterbaden ausführlich über Organisations- und Wirtschaftsklagen, sowie über die erzielten Erfolge des noch jungen Verbandes sprach. In den sich anschließenden regen Diskussionen kam der harte Einigungsdruck der organisierten Bauernschaft und des Staates nach völliger Vereinigung und Kräftezusammenfassung des landwirtschaftlichen Organisationswesens unter strenger Arbeitsteilung in gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher und technischer Hinsicht zum Ausdruck. Der Einfluß im polit. Leben in den Kreisen der parlamentarischen Ausschüsse und der Verwaltungsräten sei gewachsen und mühe noch weiter gesteigert werden. Die durch den Bauernverband Unterbaden veranlaßte alljährliche Inanspruchnahme der Sachverständigenkommission des Reiches in Baden und die Regelung der Bodenfrage landwirtschaftlichen Gemeinden wurde zur Herstellung normaler Verhältnisse, zur Erhebung der Arbeits- und Produktionsfreiheit feindg. bezeugt. Der insolge Verweigerung der Wirtschaftsförderungsmittel erzwungenen Beschränkung der Jugendwirtschaft soll nun auch jenseits der Bauernschaft in die Diskussionen einbezogen werden. Die in der Kreis- und Betriebsführung abg. bleibenden Ergebnisse werden den Verbrauchern in den Städten restlos abgeteilt werden. Im Interesse der Erhebung der Milchproduktion müßten jedoch die einzelnen Bezirksämter den Milchpreis von 1.20 auf 1.00 Mk. erhöhen. Durch die bisherige Preispolitik sei eine Verringerung der Milchproduktion und eine Umstellung der Milchproduktion von der Milch in die Käseproduktion eingetreten. Die Milch wird vielfach herrschende Markt- und Mangelware trotz ebenfalls zum Ausbau der Milchproduktion bei. Wegen die in manchen Landesteilen und Verbraucherkreisen entstandenen Mangelzustände als ob die Käseproduktion von dem Bauernstand aus. Es seien in diesem Jahre bedeutend mehr Käse als in sonstigen Jahren an die Händler und auch direkt an die Verbraucher abgegeben worden. Eine Kontrolle sei in den Städten mehr angebracht, als auf dem Lande. Es herrsche die allgemeine Ansicht vor, daß große Käsefabriken in den Städten selbst zu bewahren oder aber beschaffen und zu vermarkten werden müßten. Die von Nordbadenland eingeführten Käsefabriken dürften sich in den Städten zu 40 bis 50 Prozent vermarkten; dies ist die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Käsefabriken. Schorf wurde in den Versammlungen gegen Wucher und Wucherzinsen Stellung genommen und das unvernünftige der Verleihen gebührend kritisiert. Die Versammlungsteilnehmer nahmen weitere Kenntnis von den großen Erfolgen des Bauernverbandes Unterbaden in der Gewinnung möglicher Verbesserungen für die Verbreitung der neuen Bauern durch die ländliche landwirtschaftliche Fortbildung des Bauernverbandes Unterbaden. Rabard wird die Organisation der Bauernverbände und über die Lage und Arbeiten des Verbandes mitgeteilt. Ein Weg zur Hebung der Milchproduktion überall der Wille zum Ausdruck, sich ebenfalls wie die Einzelhändler der Milchbauernverbände bauerngewerkschaftlich regeln zu lassen und die bäuerlichen Interessen in der heutigen Wirtschaft und Staatsordnung kraftig wahrzunehmen. Die Regelung der Bauernschaft zu dieser Aufgabe, zur Selbstverwaltung und Verantwortungsbewußtheit muß durch öftere Versammlungen und Voranstellungen herbeigeführt werden.
Es gibt für den Bauernstand heutzutage kein Gericht mehr auf seinem Hofe, nur durch eigene Kraft und Ehrlichkeit kann er in unferem heutigen Wirtschaftsneubau erfolgreich mitwirken.

Wirtschaftliche Fragen.

Die Stadtbauerei zur Wohnungsfrage.
W.D. Frankfurt a. M., 29. Nov. Die hier verfallende gewählten Stadtbauerei von 18 großen Städten der Provinz Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau sind nach eingehender Erörterung des gegenwärtigen Standes der Wohnungsfrage zu folgender Entschließung gelangt:

- 1. Die täglich verhängnisvoller auftretende Wohnungsnot kann wirksam nur durch Neubau bekämpft werden, da die Möglichkeit der Wohnungsbeschaffung durch Konsumierung vorhandener Räume ihrem Umfange nach begrenzt und nahezu erschöpft ist.
- 2. Verzinsung und Tilgung der Baukosten durch Mietzins kann zum Ziel nicht erfolgen. Mindestens drei Viertel müssen ertraglos oder geschuldet werden. Daher kommt die private Bauwirtschaft für die Wohnungsbeschaffung nicht in Betracht.
- 3. Reich, Länder und namhafte Gemeinden müssen für Wohnungsbeschaffung sorgen, dürfen aber mit Neubauten nicht ohne Planung, die auf gleichmäßigem Erwerbsniveau beruht, die Mittel erschöpfen, die für eine endgültige Befriedigung der Wohnverhältnisse ausreichen.
- 4. Daher haben alle an der Lösung dieser für unser gelammtes wirtschaftliches Leben wichtigsten Frage Interessierten und für sie verantwortlichen Stellen die unabwendbare Pflicht, für Beschaffung und Dedung der Mittel für die Wiederaufnahme der Bauwirtschaft so schnell als möglich zu sorgen.

Der Deutsche Industrie- und Handeltag zu den Hotelzimmerpreisen.

Auf seine Eingabe, die der Verband reisender Kaufleute Deutschlands (Veipig) an den Deutschen Industrie- und Handeltag, die Gesamterziehung der deutschen Handelkammern, gerichtet hatte wegen der Entwertung der Hotelzimmerpreise, hat der Deutsche Industrie- und Handeltag geantwortet, daß er sich nicht verkennt, daß die gegenwärtigen Hotelzimmerpreise insbesondere für denjenigen Teil des reisenden Publikums, der in Ausübung seines Berufes zur Inanspruchnahme der Gasthöfe gezwungen ist, erhebliche Nachteile und Schädigungen zur Folge habe.
Indessen werde es doch einer sorgfältigen Prüfung bedürfen, ob die hohen Hotelzimmerpreise lediglich der Auswurf der allgemeinen Entwertung seien, oder ob eine unverhältnismäßige Preissteigerung vorliege, die über das Maß der Entwertung hinausgehe. Der Verband der Hotelbesitzer Deutschlands habe in Aussicht gestellt, den Deutschen Industrie- und Handeltag über die Selbstkosten der Hotels und die Ursache der hohen Hotelzimmerpreise eingehend in Kenntnis zu setzen. Nach der Meinung des Industrie- und Handeltages werde es nicht möglich sein, weitere Schritte zu tun, wenn es nicht gelänge, den Kaufleuten zu führen, daß die Stelle in den Gasthöfen tatsächlich das Maß, das durch die Entwertung der Betriebskosten gerechtfertigt ist, übersteigen.

Handel und Industrie.

Aus dem Anilin Konzern.

Anlässlich des von uns bereits gemeldeten Generalversammlungs-Beschlusses der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik auf Verlängerung der Interessengemeinschaft führte die Verwaltung zur Begründung des Antrags folgendes aus:

Die Interessengemeinschaft beruht bekanntlich auf der Grundlage, daß die zusammengeschlossenen Firmen, ohne sich ihrer rechtlichen Selbständigkeit zu begeben, ihre Gewinne nach einheitlichen Grundsätzen aufzuteilen und nach einem bestimmten Schlüssel zu verteilen. Dieser Zusammenschluß hat sich durchaus bewährt und arbeitet zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten. Die durch den unglücklichen Ausgang des Krieges geschaffene Lage macht es jedoch erforderlich, die Interessengemeinschaft noch mehr zu vertiefen. Die andauernde, durch das Abkommen von Spa noch weiter verschärft Knappheit an Kohlen und sonstigen Bedarfsstoffen und die gewaltige Teuerung, deren Ende nicht abgesehen werden kann, sind geeignet, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Teerfarbenindustrie auf dem Weltmarkt zu beeinträchtigen. Andererseits wird die durch den Krieg verstärkte, über große Kapitalien verfügende Auslandskonkurrenz in ihren Heimatländern durch Erschwerung der Einfuhr deutscher Farben sowie in jeder möglichen anderen Weise begünstigt. Insbesondere haben sich die amerikanischen Fabriken durch die Wegnahme der deutschen Patente sowie durch den offenbar gegen die deutsche Konkurrenz gerichteten Zusammenschluß zu großen Konzernen eine Position geschaffen, die den Wettbewerb der deutschen Produkte nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in anderen Exportgebieten und insbesondere in dem als Konsumgebiet außerordentlich wichtigen Ostasien in hohem Grade gefährdet. Hieraus erwächst für die Firmen der Interessengemeinschaft die Notwendigkeit, unbeschadet des weiteren Bestandes ihrer rechtlichen Selbständigkeit, durch stärkere Konzentration ihrer Kräfte, durch systematische Arbeitsteilung auf den Fabrikationsgebieten und durch enge Zusammenfassung ihrer Einkaufs-, Verkaufs- und Verwaltungsorganisation ihre Konkurrenzfähigkeit zu befestigen. Zu diesem Zwecke haben die Firmen der Interessengemeinschaft im Vorjahre mit doppeltem Stimmrecht ausgestattete Vorzugsaktien in Höhe von 40% ihres Grundkapitals ausgegeben und unter sich im ungefähren Verhältnis ihrer Quoten zur Verteilung gebracht. Um den Zusammenschluß noch enger zu gestalten und seinen Fortbestand auch in den Geschäftsstatuten zu verankern, wurde beantragt, den am 18. Aug. 1916 abgeschlossenen, am 31. Dez. 1915 ablaufenden Interessengemeinschaftsvertrag bis zum 31. Dezember 1920 zu verlängern und den Gesellschaftsvertrag in § 40 durch Aufnahme einer Bestimmung dahin abzuändern, daß die Interessengemeinschaft nur nach vorheriger Einholung der Zustimmung der G.-V. gekündigt werden darf. Der Zustimmungsbeschluß der G.-V. bedarf einer Mehrheit von vier Fünfteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Der gleichen Mehrheit bedarf ein G.-V.-Beschluß, der die Abänderung dieses Paragraphen zum Gegenstand hat.

Der ebenfalls bereits gemeldete und von der G.-V. genehmigte Antrag auf Errichtung einer G. m. b. H. mit 500 Mill. Mark Kapital zur Uebernahme der Stickstoffwerke erhielt folgende Begründung:

Da Deutschland durch den Ausbruch des Krieges von der überseeischen Zufuhr abgeschnitten wurde, haben wir bekanntlich auf Veranlassung des Reiches zur Sicherstellung unserer Volksernährung unsere Ammoniakfabrik Oppau stark vergrößert und außerdem die große Ammoniakfabrik Merseburg errichtet. Der Ausbau dieser Fabriken ist noch nicht beendet und hat sich durch die gewaltige Steigerung der Löhne und Materialpreise stark verteuert. Die Bilanzierung unserer Ammoniakfabriken werden daher nach deren Fertigstellung einschließlich der Vorräte an Roh- und Bedarfsstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten eine Höhe erreichen, die mit dem Betrage unseres Grundkapitals in keinem annehmbaren Verhältnis mehr stehen. Es ergab sich daher die Notwendigkeit, entweder unser Grundkapital entsprechend zu erhöhen oder aber unsere Stickstofffabriken in den Bilanzen unserer Interessengemeinschaftsfirmen auszuweisen. Der erstere Weg erwies sich als ungangbar, weil nach den Bestimmungen des Interessengemeinschaftsvertrags Grundkapitalerhöhungen jeweils nur von allen Firmen zusammen und im Verhältnis ihrer Quoten vorgenommen werden können.

Aktienbrauerei Ludwigshafen. Die Gesellschaft erzielte 329 102 M. (i. V. 326 669 M.) Gewinn, wovon die Dividende mit 99 (100) eingeteilt und 94 074 M. (93 642 M.) vorgetragen werden sollen. In der G.-V. wurden die Aussichten als wenig erfreulich bezeichnet.

Gebr. Junghans A.-G., Uhrenfabrik, Schramberg. Das Unternehmen beantragt eine abermalige Erhöhung seines

Grundkapitals, und zwar von 28 Mill. auf 52 Mill. Mark. Es sollen 4 Mill. M. neue Stammaktien, 2 Mill. M. Familienaktien mit dreifachem Stimmrecht und außerdem 30 Mill. M. zu 115% rückzahlbare Vorzugsaktien mit auf 6% beschränkter Vorzugsdividende ausgegeben werden. Künftig besteht das Kapital aus 28 Mill. M. Stammaktien, 6 Mill. M. Familienaktien mit dreifachem Stimmrecht und 20 Mill. M. 6proz. Vorzugsaktien.

Gasmotorenfabrik Deutz A.-G. Die Gesellschaft hat in dem am 30. Juni beendeten Geschäftsjahre einen Betriebsüberschuss von 19 319 150 M. G. V. 8 256 104 M. erzielt. Nach Abzug der Generalunkosten mit 14 055 251 M. (5 445 496 M.), sowie von 226 330 M. (6) Zinsen und von 1 628 117 M. (1 084 040 M.) Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 3 635 047 M. gegen 2 299 186 M. i. V., wovon 6% Dividende auf die neuen Vorzugsaktien und 10% (i. V. 7%) auf die Stammaktien verteilt, 250 000 M. (200 000 M.) verschiedenen Wohlfahrtsfonds zugeführt, 379 292 M. (336 452 M.) zu Tantiemen verwendet und 313 315 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen. Auf der Tagesordnung der zum 10. Dezember einberufenen Generalversammlung steht ein Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals um 14 000 000 M.

Neue Aktiengesellschaft. Unter Mitwirkung des Bankhauses Gebrüder Arnold in Dresden-Berlin wurde die seit 1854 bestehende Firma J. v. Schwarz, Fabrik für Speckstein- und Steatitfabrikate in Nürnberg in eine Aktiengesellschaft mit 45 Mill. M. Aktienkapital umgewandelt. Den Vorstand bilden die Herren Sigmund von Schwarz und Georg Nicklaseh in Nürnberg.

Amerikanisches Kapital bei der Coblenzer Bank. Das Kapital der Coblenzer Bank (bisher 180 Mill. M.) soll in Anlehnung an einen amerikanischen Großbankkonzern auf 20 Mill. M. erhöht werden.

Steuera Romana. Diese Gesellschaft beantragt eine Kapitalerhöhung von 100 Mill. Lei auf 300 Mill. Lei.

Neueste Drahtberichte.

dm. Berlin, 20. Nov. (Eig. Draht.) Weitere Ausdehnung der Rhein-Elbe-Union. Die Privat- und Kommerzbank veräußerte 10 Mill. M. bei einem Konsortium der früheren Mitteldeutschen Privatbank liegende Aktien der Braunschweigischen Kohlenwerke A.-G. in Heldstedt nahezu zum Tageskurs an den Stinneskonzern. Der Kommerzbank wird demnach ein Platz in der Bankgruppe der Rhein-Elbe-Union eingeräumt; bisher nur mit dem Schuckertkonzern verbunden, hat sie sich auch je einen Sitz in den Aufsichtsräten von Gelsenkirchen und Deutsch-Luxemburg erwirkt.

dm. Berlin, 21. Nov. (Eig. Draht.) Ein holländisches Antidumpinggesetz. Nach einer Meldung des Amsterdamer Telegraphen besichtigt die holländische Regierung der Kammer ein Antidumpinggesetz zu unterbreiten, um die Einfuhr gewisser Artikel mit Rücksicht auf die niedere zentraleuropäische Valuta zu verbieten.

München, 20. Nov. (Eig. Draht.) 100 Jahre Pechorbrauerei. Die weltberühmte Pechorbrauerei in München kann am morgigen 30. November ihr hundertjähriges Jubiläum feiern. Das Pechorbräu-Bier eroberte sich im Laufe der Jahre den Export und ging in glücklichen Friedenszeiten in die ganze Welt; selbst in Afrika, China und Indien wurde das Pechorbräu-Bier getrunken.

München, 20. Nov. (Eig. Draht.) Teisnachener Papierfabrik A.-G., Teisnach (Niederbayern). Die a.-o. G.-V. genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 2 auf 4 Mill. M. Die neuen Aktien werden von einem Bankkonsortium den alten Aktionären im Verhältnis von 1 zu 1 zum Kurse von 135% angeboten. Ferner sollen zu einem geeignet erscheinenden Zeitpunkt Teilschuldverschreibungen im Betrage bis zu 1 Mill. M. ausgegeben werden.

München, 20. Nov. (Eig. Draht.) Eisenwerkgesellschaft Maximilianshöhe. In der in München abgehaltenen a.-o. G.-V. begründete der Vorsitzende den Antrag auf Erhöhung der Mitgliederzahl des Aufsichtsrats mit der erfolgten Erhöhung des Aktienkapitals und der damit bedingten Verschiebung des Aktienbesitzes sowie mit dem Wunsch der neuen Besitzer um Aufnahme in den Aufsichtsrat. Die Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder wurde auf 11 festgesetzt und die Herren Robert Röchling (Saarbrücken) und Kommerzienrat Heinrich Röchling (Ludwigshafen) neugewählt.

dm. Luxemburg, 20. Nov. (Eig. Draht.) Kohlenvorschüsse Luxemburgs. Zwischen Luxemburg und Deutschland wurde unter Mitwirkung der Reparationskommission ein Vertrag abgeschlossen, daß Luxemburg als Anteil des Deutschland zu leistenden Vorschusses für gelieferte Kohlen vom August bis Februar die Summe von 60 Mill. Frs. zahlt.

Schiffsverkehr. Laut Drahtbericht der Holland-Amerika-Rotterdam Linie ist der Dampfer „Ryndam“ am 12. November

von Rotterdam abgefahren und am 25. November vormittags in Newyork anzukommen.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat November

Station	Datum					Erhöhung
	24	25	26	27	28	
Schwabmühl	0.72	0.33	0.30	0.25	0.17	0.21
Kell	1.21	1.03	1.21	1.23	1.24	1.23
Kassau	2.81	2.19	2.75	2.74	2.73	2.70
Hannheim	1.58	1.61	1.58	1.50	1.53	1.54
Wald						
Kais						
von Neckar:						
Mannheim	1.51	1.81	1.81	1.58	1.53	1.55
Hallbrunn	0.20	0.21	0.17			

Wetterausblick für mehrere Tage im voraus.

Unbeglückter Rohdraht wird geschäftlich verfolgt.
20. November: Heilig, milde, Niederschlag, windig.
1. Dezember: Heilig, milde, Niederschlag, windig.
2. Dezember: Bewölkt, Sturm auf See, windig.
3. Dezember: Heilig, teils Niederschlag, hart windig, feuchtwarm.
4. Dezember: Heilig, teils Sonn, rauch, windig, nachts kalt.

Witterungsbericht.

Datum	Barometerstand 7 Uhr mm	Temperatur in Grad C.	Tiefste Temperatur in Grad C.	Niederschlag in Liter auf 100 qm	Rel. Feuchtigk. in %	Wind	Bemerkungen
22. November	760.0	-4.0	-4.5	—	88	still	hoher Nebel
23. November	759.0	-4.5	-5.0	—	88	still	hoher Nebel
24. November	757.7	-3.5	-4.0	—	88	still	hoher Nebel
25. November	759.7	-3.0	-3.5	—	88	still	hoher Nebel
27. November	757.4	-3.0	-3.5	—	88	still	hoher Nebel
28. November	758.0	-1.9	-2.5	—	88	still	hoher Nebel
29. November	760.5	-0.3	-0.5	—	88	still	hoher Nebel

Hauptredaktion: Dr. Fritz Goldenbaum.
Verantwortlich für Inhalt: Dr. Fritz Goldenbaum; Dr. Franzosen; A. Weber; für Layout: Dr. A. Reppel; für Anzeigen: Carl Hügel, Druck und Verlag: Eruderi Dr. Mosse, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim, F. 6, 2.

Laxin-Konfekt
regelt den Stuhlgang
bei Erwachsenen und Kindern.
Arztlich empfohlen!

Zwischen
Publikum
und
Zeitung

den Verfehr zu erleichtern — und für beide Teile nutzbringend zu gestalten — ist die Aufgabe unserer Annoncen-Expedition. Wer eine Anzeige aufgeben will, erhält kostenfrei zuverlässige Auskunft über die für seinen Zweck geeigneten Vertriebswege, über richtige Abfassung und auffällige Ausgestaltung seiner Annonce. Wir berechnen lediglich die gleichen Preise wie die Zeitungen selbst. Wer seinen Namen in der Anzeige nicht nennen will, kann die Angebote an unsere Firma adressieren lassen. Diese stellen wir die Briefe unersüßet unter Wahrung strengster Verschwiegenheit zu. Unser Haus bietet dem Inserenten eine Ersparnis an Kosten, Zeit u. Arbeit schon bei dem kleinsten Auftrag.

ANNONCEN-EXPEDITION
RUDOLF MOSSE
Fernruf 3011 MANNHEIM Planken O 4, 6
E110

Gemäß § 244 des H.-B.-G. zeigen wir an, daß
Herr Geh. Kommerzienrat Emil Engelhard
infolge Ablebens aus dem Nachlass seiner
Ehefrau ausgeschieden ist.
13478
**Mannheimer Gummi-, Gutta-percha-
und Asbest-Fabrik, A.-G.**

Grosse Versteigerung!
U 1, 1
(Rest. Grüns Haus, Saal).
Am Mittwoch, den 1. Dezbr. und
Donnerstag, den 2. Dezbr. 1920, jeweils
morgens von 10 Uhr und nachmittags
von 2 Uhr ab veräußert in **U 1, 1:**
**eine große Partie Lüster
und Lampen**
für Elektrisch und Gas von der einfachsten
bis zur feinsten Ausführung. 13494
M. Arnold, Auktionator u. Taxator
Q 3, 4, Telefon 6219.

Schmerzlose Berichtigung,
Gesichts- u. Nasen-
fehler, Falten,
hohle Wangen, Schiefen
 usw. in einer Stunde unter
Garantie der besten
Erfolge. Drucksaug mit
Abbl. - Ausstrahl. durch
Physikal. Anstalt
Geschw. Steinwand
Mannheim, P. 5, 12
Telephon 4014 5114

Versteigerung
Wegen Aufgabe des Restaurant „Wilhelms-
hof“ veräußere bzw. versteigere ich in öffentl.
Auktion am
**Dienstag, 30. Nov., vorm. 10—12 Uhr u.
nachm. 2—5 Uhr im Friedhofring Nr. 4**
meistbietend gegen Barzahlung:
Runde und □ Wirtstische mit und ohne
weiße Marmorpl., Wirtstühle, und -Sessel,
gr. Spiegel (1,50x3 m), 1 Buffet mit Nischen-
bezug, 1 Kaffee- u. 1 Eistisch, 1 Tisch, 1
Eistisch, 10 Stühle für Gas und Elektrisch,
mehrere Kessel, Leinen-Dorhänge, Garbetro-
bänder, 1 sehr schönes Seilingsregal, 1 pol.
1 Docters, 1 Wandspiegel mit Kunstverglasung,
1 Wäschebrett, 2 Eckschalen, 10 ei. □ Garten-
stühle, 12 runde Gartentische, 136 Gartenstühle,
1 transportabler Kessel, 1 gr. Stiegenstank,
1 gr. Reparationsherd mit helldauer-Ein-
richtung und Wärmelosen, 1 Konfekt, mehrere
Küchentische 1 gr. Kellerstank mit Schieber-
tür, 1 e. l. Spültrug, 4 Wärschen in verschiedene
Größen, gut erhalten und Sonstiges, ferner:
2 Plüschgarnituren, silb. und verfilb. Bestie.
Die gesamte Einrichtung befindet sich noch
in sehr gutem Zustande. 13418
Georg Landklotz
Ortsrichter
Rohlgartenstr. 17 — Tel. 7307.

Achtung!
250 000 Stück Weihnachts-Kerzen
prima in Packung 24 Stück + 16 Pfl., per 100 Stück
Mk. 26.— ab Fabrikpreis, verkauft auch kleinste
Quanten, solange Lagerung. 13440
Pilschke,
Großhandel Chemie, Arzbach b. Ems, Tel. 198 Ems.

Todes-Anzeige.
Am 27. November wurde unser lieber
guter Vater und Großvater
13994

Martin Heppes
nach langem, schweren Leiden im
72. Lebensjahre von uns genommen.
Mannheim (T. 6, 35), Hannover, den
29. November 1920.
**Carl Heppes und Frau
Robert und Frieda Heppes.**
Die Beerdigung findet in der Stille
statt und bitten wir von Kranzspenden
abzusehen.

Danksagung.
Anlässlich des Hinscheidens unserer
geliebten Mutter, Frau *2109

Margarete Sutter
sind uns so viele Beweise herzlichster
Teilnahme entgegengebracht worden, daß
es uns nicht möglich ist, jedem einzelnen
zu danken, und bitten wir deshalb auf
diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank
entgegenzunehmen zu wollen.
MANNHEIM, 27. November 1920.

Die Hinterbliebenen:
Familie Sutter-Weldmann.
Drucksachen liefert schnell
Druckerei Dr. Haas F. G. R.

Ein Sonntagsbub
ist angekommen. *2120

Fritz Geesfried u. Frau
Franziska geb. Schwescha

In dankbarer Freude zeigen wir
die Geburt eines kräftigen
Jungens u. herrigen Mädels
an.
Dr. med. L. Weyrauch
13466 u. Frau Toni geb. Haas
Schlesheim, 25. Nov. 1920

Asthma
kann geheilt werden, auch in den
schwersten Fällen. Ganz neues Be-
handlungsverfahren, Behandlung durch
Fachmann, der selbst 20 Jahre asthma-
leidend war, unter ärztlicher Leitung.
Sprechst. in Mannheim, Dienstag,
den 30. November 10—2 Uhr Hotel
Leuchtweis (am Bahnhof), 22250
Dr. med. E. Olpe.

Bilder und Rahmen
jeder Art und Größe in bester Ausführung
billigst. *2044
Reichhaltiges Leisten- und Ovalrahmenlager.
Karl Schneider, H 5, 22.
Einrahmungsgeschäft. Haltestelle Apollo.

**Schreib-
Arbeiten**
Vervielfältigung
fertig 0, 1, 2

Schürtz Teilschürtz

Auf Teilzahlung
erhalten Sie ohne
Auszahlung von
einem Teppich-Ge-
schäft
Chalwonguen
mit u. ohne Decken,
Teppiche,
Bestvorz. von
Geld. Angek. von
P. R. 167 an die Ge-
schäftsstelle da. 10.

Ein schönes Gesicht
erhält man beim Ge-
brauch meines **Wasser-
milch**. Macht die Haut
samt und zaht in ungenü-
gender Feuchte. Besteht
aus: Leberöl, Olivenöl,
100g, Minczer, P. M. 100,
Karlshafen-Druggen,
Th. v. Eichenfeld, N. 12, 13

**Augen-
Glas**
Pehls an den
so hilft durch
passendes
Diplom-Optiker Drude
P. 3, 12, Planken.

**5000 kg.
Wagenlen**
28 Fässer, Teilschürtz
oderiert per 120 kg
Mk. 300.—
Bruno Pilschke
Arzbach b. Ems.

eine gute Zeitung zu bestellen. Durch die weihnachtlichen Veranstaltungen und Berichte, Weihnachts-Erzählungen und dergl., den großen Weihnachts-Geschäftsverkehr, sind die Zeitungen inhaltsreicher und bieten mehr als zu jeder anderen Zeit. Es lohnt sich jetzt wirklich den

Mannheimer General-Anzeiger

zu bestellen.

National-Theater Mannheim.

Montag, den 29. November 1920.

18. Vorlesung in Vierte Klasse A (für II. Vorlesung A 15)

Der Barbier von Sevilla

Romantische Oper in zwei Aufzügen. Musik v. Gioacchino Rossini. Spielleitung: Eugen Gebhart. Musikalische Leitung: Max Günther.

In den Hauptrollen: Graf Almaviva — Sigismund; Bartolo — Wang; Figaro — G. Qden; Basilio — Gerten; Bertha — Fr. Bremer; Figaro — Kramer.

Anfang 7 1/2 Uhr. Kasse 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

im Nibelungensaal

Montag, den 29. November 1920

Julius Caesar

Dramatisches Spiel in 5 Akten von Shakespeare. In Szene geführt von Hanns Rogg.

In den Hauptrollen: Cäsar — Godek; Brutus — Albert; Antonius — Hoffmann; Cassius — Rotmar; Casca — Gertraud; Octavianus — Vogel; Calpurnia — Hel. Blumenthal; Portia — Fr. Bertl.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

Künstlertheater Apollo.

Das jetzige Varieté-Programm.

Palast-Theater.

Der Klosterjäger

Der stehende Tag

Spielstunden 7 1/2 Stunden. Anfang 3 Uhr. Letzte Vorstellung 7 1/2 Uhr. S243

Volks-Singakademie Mannheim

M. & D. A. S.

Leitung Herr Professor Arnold Schattschneider

Dienstag, 30. Novbr. 1920, abends 7 1/2 Uhr im Nibelungensaal des Städt. Rosengartens

Chor- u. Orchester-Konzert

(Max Bruch zum Gedächtnis)

Solisten: Kammermusiker Hans Lange (Violine) Frankfurt a. M., Kammeränger Nicola Geisse-Winkel (Bariton) Wiesbaden, Gertrude Geysersbach (Sopran) Wiesbaden.

Orchester: das National-Theater-Orchester (70 Künstler) unter Leitung von Herrn Professor Arnold Schattschneider

Karten sind zu haben (numeriert Plätze) zu M. 9.00, M. 7.20, M. 4.80 und Stehplätze zu M. 2.50 (einschließlich Steuer) in der Musikhandlung Heckel, im Mannheimer Musikhaus, Gewerkschaftskartell, Parteilichhandlung Mannheim und Ludwigshafen, am Konzerttag an der Kasse des Rosengartens und bei den Sängern und Sängerinnen. um

Der Vorstand.

Die Saalüren bleiben während der Dauer des Konzerts geschlossen.

Kennen Sie Harry Hill?

Rentner-Vereinigung

Versammlung

Mittwoch nachm. 4 Uhr, „12 Apostel“.

Damen- und Herrenhüte

in Filz, Velour etc. werden in moderner Wiener- u. Berliner Formen konkurrenzlos neu umgepresst.

Reichhaltige Form- u. Ausw. E. Metzler, U2, 3, am Schulhausplatz.

Pelze aller Art

äußerst preiswert

Palzhaus Seligmann

0 4, 17 (Kunststraße)

Phorosan-Heil-Institut

MANNHEIM B2316 Rheledammstraße 28 Dr. Mähler.

Schmerz- u. Behandlung der Gonorrhoe. — Heilung ohne Berührung in kurzer Zeit möglich. Blutuntersuchungen (Wasserm) Syphilisheh. Sprechst. Werktags (a. Donnerstags) v. 11—6 Uhr, Sonntags v. 10—1 Uhr.

„MUREK“

13422 MODE- UND REKLAMEKUNST MANNHEIM BUNDBADISCHERKUNSTLERINNEN 01, 5 u. FERNSPRECHER 476

AUSSTELLUNG

„KUNST UND KUNSTGEWERBE“

ENTRITT FREI! BESUCHSTUNDEN 10-1 UND 3-5 UHR

Nur 2 Tage!

kaufe alte künstliche Gebisse

ganze und zerbrochene sowie Brennstoffe

zahlte für jeden verwendbaren Zahn 5 Mark und mehr.

Sin nur am Dienstag, den 30. November und Mittwoch, den 1. Dezember, in Mannheim, Hotel Kaiser-Hof, P. 4, 4.7.

Lina Friedmann.

„Ostertag“

Kassen-Schränke

General-Vertreter: 6103 Herm. Hauer, L 15, 4. Tel. 7276.

Vornehme Augen- Gläser

Diplom-Optiker Paul Drude

Fachgeschäft für Präzisions-Augen-Optik

Mannheim, P 3, 12, Planken

Ludwigshafen a. Rh., Kaiser Wilhelmstr. 15.

Bari-Mandeln

à Mk. 42.50 per Kilo

ab hier empfiehlt bei Ballen 13416

B. Malmsheimer

Ludwigshafen a. Rh.

Fernruf 1019 Kaiser Wilhelmstr. 63 Fernruf 1019

„Pladlero“

Putz mit Pladlero deinen Herd. Dies Mittel hat sich stets bewährt.

„Pladlero“ das beliebteste Herdputzmittel ist in bekannter Friedensqualität überall zu haben. 5176

Chem. Fabrik Eichengrün m. b. H., Köln-Ehrenfeld

Parkettböden

jeglicher Art, ferner abheben und schleifen.

Johannes Röh

Fernspr. 7157 Hebelstr. 19 Fernspr. 7157

Weihnachts-Geschenk

Elegantes Herrenzimmer

in dunkel Eiche gebeizt bestehend aus:

1 großer dreierleiiger Bücherschrank, 1 mod. Schreibtisch mit 4 Stühlen, 1 Schreibtisch-Bett mit schen Leder 9185

komplett 4425 M.

Möbelhaus Weiss, S 5, 4b.

Teleph. 5458, Mannheim

Generalvertretung der Zigarettenfabrik Lande

der 5168

Tabakfabrik

Heinr. Jos. du Mont

und Großhandlung der Zigarettenfabrik

Balschar, Garbaty, Waldorf - Astoria, Eckstein, Yonidre, Zuban, Nestor

Glanacis

zu Originalfabrikpreisen nur für Wiederverkäufer.

Jean Fluss

Q 1, 5/6 Fernspr. 4794

Kräutergarten

besitzt 10000 Pflanzenarten

aus dem Ausland 1000000

ist besetzt. Mit Preis-Verzeichnis, Q 1, 3.

Q 1, 3

Nähmaschinen

repariert Kaudsch

L. 7, 8. Tel. 3451 5128

Kaufe Bücher

erhalten, besond. Doktorbücher, Karl May-Bände usw. See

Rüchert-Röhr, G 3, 10

Wohnungstausch

Zum 1. April 1921 in

4 Zimmerwohnung

mit Nebenzimmern in Badmühl, gut Lage, gr.

6-7 Zimmerwohnung

in Mannheim unzu-

taufchen 9147

Angebote mit P. H. 58

an die Geschäftsstelle d. Bl.

Atandemker sucht

gut möbliertes

Zimmer

mit sehr, Sicht für sofort oder später.

Angebote mit Z. V. 45

an die Geschäftsstelle d. Bl.

Hausmarken, Dauermit

lust haben

möbl. Zimmer

im Zentrum der Stadt (Rheinstr.) Angebote mit

Verkaufsbote an

K. Herberich

Rugartenstr. 14.

Suche Laden

mit 3-4 Zim.-Wohnung

Tausche

gegen kleine 3-Zimmer-Wohnung mit 2 Bädern

in Nähe Bad Dörfelstraße.

Angeb. u. Z. L. 36 an die Geschäftsstelle. *2094

Laden

m. Zigarren- od. Bedarfs- mittelgeschäft zu mieten

eventuell bestehend Geschäft zu kaufen gesucht. 5299

Angebote mit Z. M. 37

an die Geschäftsstelle d. Bl.

Schöne Wohnung

3 Zimmer und Küche

Sehenbau per 15. Dez

wegen Dringlichkeit

zu vermieten

in ruhiger Lage, 2078

Als Dörfelstraße 9.

Wohnungstausch

Berolische wohnen in

Adelsheim gegen Wohnung von 3 Zimmern gegen eine solche in Mannheim. Ich bin auch bereit, das in Berlin vorhandene neuwertig eingetragene Haus gegen Wohnung zu vertauschen. Bitte Briefe an die Geschäftsstelle d. Bl. 9185

SAMSON & Co.

Abgabe der Quantitäten behalten wir uns vor.

D 1, 1 Am Paradeplatz Kein Laden D 1, 1

Grosszügiger Weihnachtsverkauf.

Wir haben aus unseren großen Lagern 4 Serien zusammengestellt, um unserer Kundschaft den Einkauf für den Weihnachtsbedarf zu erleichtern. 5221

Wir bringen in unserer Serie I für **10⁸⁰** Mk. pr. Mtr. Hemdentuch - Bettkattune, einfarbige und gestreifte Flanelle, Wasch-Stoffe, doppelbreiten Schürzen-Stoff, Handtuch-Stoffe

Wir bringen in unserer Serie II für **19⁵⁰** Mk. pr. Mtr. Doppelbreite Voiles - doppelbreite einfarbige und karierte Kleiderstoffe - Blouse-Seide - Birndelstoffe - doppelbreite Frottis

Wir bringen in unserer Serie III für **29⁵⁰** Mk. pr. Mtr. Doppelbreite gemusterte Seide - Seidentrotte - 140 cm breite Kostümstoffe - 140 cm breite Mantelstoffe, weiß, Weißbattist, Kommuunikleider

Wir bringen in unserer Serie IV für **39⁵⁰** Mk. pr. Mtr. Bettuch - Halbwollen u. Krettonne, 140 cm br. Buckskin für sol. Anzüge, doppelbr. Jackenfutter, Ia. Inlett für Betten, blauer Kostümstoff und schwarzer Samt.

Unsere Etage bleibt bis Weihnachten über Mittag geöffnet. Durch unseren großen Konsum sind wir in der Lage, diese Vorteile zu bieten. **Billige Herren-Stoffe.** Benützen Sie zum Einkauf die Vormittagsstunden.

3-4 Zimmer mit Küche für 1. Januar oder später gesucht. Angebote unter F. K. 5492 an Rudolf Mosse, Karlsruhe I. B.

Wohnungstausch Köln - Mannheim

Geboten 5 Zimmer, Badezimmer und Küche in guter, ruhiger Lage Köln. Nähe Ring.

Gesucht 4-5 Zimmer, möglichst Bad und Küche in Mannheim. 13462

Angebote unter P. Q. 166 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zu mieten gesucht werden von groß. Akt.-fien.

helle Laden-Räume

in guter Lage Mannheims. Geb. Anzeigebote mit Z. Y. 49 an die Geschäftsstelle

hübsch möbl.

heißbares Zimmer

für Herrn per sofort zu mieten gesucht, event. Stadtmöbl.

Angebote mit P. Z. 178 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Laden

mit 1 oder 2 Zimmern und Küche zu mieten gesucht.

Angebote mit A. G. 81 an die Geschäftsstelle.

Weinkeller

mit Büro u. von Weinhandlung gesucht.

Geb. Anzeigebote unter H. M. 991 an Rudolf Mosse, Mannheim 611

Vermietungen

Gut möbl. Zimmer

mit 2 Betten an 2. u. 3. Herrin u. besterher zu vermieten. Meinungsantrag K. 2, 4, 2. 1299.

Vermischtes

Beim Postamt in Pforzheim

ist am Samstag, 13./11. am Postamt der Kinderbrunnen von 1000 M. - entfallen. Der

Verkauf des Brunnen-Dezernats ist durch den Verkauf des Brunnen-Dezernats

abgeschlossen. Der Brunnen-Dezernat ist durch den Verkauf des Brunnen-Dezernats

abgeschlossen. Der Brunnen-Dezernat ist durch den Verkauf des Brunnen-Dezernats

abgeschlossen. Der Brunnen-Dezernat ist durch den Verkauf des Brunnen-Dezernats

abgeschlossen. Der Brunnen-Dezernat ist durch den Verkauf des Brunnen-Dezernats

abgeschlossen. Der Brunnen-Dezernat ist durch den Verkauf des Brunnen-Dezernats

abgeschlossen. Der Brunnen-Dezernat ist durch den Verkauf des Brunnen-Dezernats

abgeschlossen. Der Brunnen-Dezernat ist durch den Verkauf des Brunnen-Dezernats

abgeschlossen. Der Brunnen-Dezernat ist durch den Verkauf des Brunnen-Dezernats